



STIMMUNGSBILD

zur Einigung in der Griechenlandkrise

REAKTIONEN AUS DER TÜRKEI

Die Einigung in der Griechenland-Krise auf dem Sondergipfel der Euro-Gruppe am 12./13. Juli 2015 ist ein beherrschendes Thema in ganz Europa und darüber hinaus. Das vorliegende Stimmungsbild bietet einen Überblick über Reaktionen in Politik und Medien aus der Türkei.

Türkei

Dr. Colin Dürkop (17.07.2015)

Seit geraumer Zeit berichten türkische Zeitungen über die Krise in Griechenland. Dabei überwiegt eine sachliche Berichterstattung. Zum Teil werden Details über die auferlegten Reformbedingungen ausführlich wiedergegeben. Wirft man einen Blick auf die türkischen Tageszeitungen, so sind sich viele darin einig, dass Griechenland von Seiten der EU „bestraft“ worden sei, das Land eine schwere Hypothek auf sich genommen habe und großen Volksprotesten ausgesetzt sein werde. Vergleichsweise stehen jedoch die Entwicklungen rund um die Koalitionsverhandlungen in der Türkei im Vordergrund der Presseberichterstattung.

Des Öfteren hört man den Vorwurf, dass die EU mit der vorschnellen Aufnahme Griechenlands in die EU und in den Euroraum einen schweren politischen Fehler begangen habe, der sich nunmehr räche und den europäischen Steuerzahler sehr teuer zu stehen kommen werde. Nicht selten wird mit Staunen registriert, wie weit die EU Griechenland entgegenkommen ist und immer wieder guten Willen gezeigt hatte. Vor dem Hintergrund anhaltender kompromissloser Reaktionen aus Berlin schildert die liberal konservative *Hürriyet*, dass es Tsipras bei den nun an-stehenden Verhandlungen äußerst schwer haben werde und auf kein Entgegenkommen mehr hoffen könne. Daneben wird der mittlerweile eingetretene, schwerwiegende Vertrauensverlust in den Medien thematisiert: die liberale Tageszeitung *Milliyet* betonte auf ihrer Titelseite, dass die Mehrheit der Euro-Staaten kein Vertrauen mehr in Griechenland hätte.

Auch in den Wirtschaftsteilen widmet die Presse sich der Krise in Griechenland. Dabei wird u.a. die Frage aufgeworfen, welche wirtschaftlichen Auswirkungen ein "Grexit" für die Türkei haben könnte. Die AKP-nahe *Sabah* geht davon aus, dass diese letztendlich relativ gering sein dürften, da die Exporte nach Griechenland nur ein Prozent des türkischen Gesamtexportvolumens betragen würden.

Insgesamt fällt auf, dass in den öffentlichen Diskussionen kaum Schadenfreude über die missliche Situation Griechenlands aufkommt. Vielmehr überwiegt die Meinung, dass ein geschwächter Nachbar für die Türkei von keinerlei Nutzen sei. Laut dem türkischen Wirtschaftsminister Zeybekci wäre sein Land bereit, „alles in seiner Macht stehende zu tun“, um dem Nachbarn aus der Wirtschaftskrise zu helfen, sollte eine solche offizielle Anfrage kommen. Die Türkei könnte beispielsweise im Tourismus-, Handels- und/oder Energiebereich Hilfe anbieten. In diesem Kontext fiel auf, dass der HDP-Politiker Ertugrul Kürkcü der türkischen Regierung empfohlen habe, die fällige IWF-Rate Griechenlands von rund 1,6 Mrd. Euro zu übernehmen bzw. Athen einen entsprechenden Niedrigzinskredit anzubieten. Dies wäre in der Tat eine große politische Geste, wodurch sich die bilateralen Beziehungen nachhaltig verbessern könnten. Ähnliche Vorschläge sind unterdessen auch von mehreren Medienschaffenden und Think-Tank-Vertretern wie etwa Dr. Murat Erdogan verlautbart worden.

Manche Experten halten das ins Auge gefasste dritte Hilfspaket für genauso erfolglos wie die beiden davor. Von Ökonomen kommt der Hinweis, dass auch das neuerliche Hilfspaket vor allem deshalb keinen Erfolg haben kann, weil die Grundvoraussetzungen für einen Erfolg immer noch nicht gegeben sind: keine ausreichende Produktionsbasis, kein echter politischer Wille, keine politische Stabilität, somit keine Vertrauensbasis und folglich keine Direktinvestitionen. Um diese Wirkungskette zu durchbrechen, müssten die vielzitierten und geforderten Reformen umgehend in Angriff genommen werden. Danach sehe es momentan aber nicht aus und es verstetige sich der Eindruck, dass man auf Seiten der EU wieder einmal Zeit kaufen wolle.

Der Kolumnist Barış Ergin ist der Meinung, dass die Krise den Riss zwischen Nord- und Süd-europa klar zu erkennen gibt. Demnach würden die nordeuropäischen Länder Griechenland lieber bestrafen wollen, während die südlichen Staaten die Griechen davor beschützt hätten. Die EU behalte dieses Mal durch härtere Bedingungen die Zügel fest in der Hand. Sollte Griechenland seinen Staatsbesitz nicht selber verkaufen, würde die EU dies veranlassen. Somit sei Griechenland mittlerweile jegliche nationale Initiative abhandengekommen.

Die erzkonservativ-islamistische und regierungsnaher Tageszeitung *Yeni Akit* hebt in ihrer Berichterstattung die großen Proteste gegenüber dem harten Hilfsprogramm in Griechenland hervor. Die EU-Staaten hätten Griechenland ‚gebändigt‘ und Tsipras sei nach langen Verhandlungen in eine für ihn politisch riskante Situation gedrängt worden. Wahrscheinlich würden Syriza und Anel die Mehrheit im Parlament verlieren. Panagiotis Lafazanis vom linken Parteibündnis hatte Tsipras erneut aufgerufen, das Hilfsprogramm in der vorliegenden Form abzulehnen.

Die regierungsnaher Tageszeitung *Yeni Şafak* – aber auch die kemalistische Tageszeitung *Cumhuriyet* - heben hervor, dass Tsipras kapitulieren musste. Mit der Volksabstimmung und dem Ergebnis eines „Neins“ hatte er eigentlich geplant, seine Verhandlungsposition zu stärken bzw. seine Forderungen

durchzusetzen. Das Referendum sei praktisch "umsonst gewesen". Athen habe "sich ergeben" und stehe nun beinahe völlig unter Kontrolle der EU. Laut der Vereinbarung über 86 Milliarden Euro würden die Griechen ohne die Zustimmung der Troika nicht einmal „atmen“ können. Der geplante Treuhandfonds, der unter der Obhut der EU steht, erinnere stark an die Öffentliche Schuldenverwaltung („Düyün-i Umumiye“) des damaligen zerfallenden Osmanischen Reiches.

Hürriyet berichtet, dass die Einigung unter den Reformauflagen Deutschlands stattfand. Für Griechenland, das weiterhin in der Eurozone bleibt, seien die Bedingungen sehr hart. Premierminister Tsipras werde es sehr schwer haben. Die Proteste hätten bereits begonnen und er wird nicht nur von seiner Partei Syriza sondern auch vom Volk negative Reaktionen ernten. Sobald die notwendigen Reformentwürfe verabschiedet werden, wartet eine Welle von Steuererhöhungen auf das griechische Volk.

Eine ausgesprochen scharfe Kritik an Deutschland übt der Kolumnist Ahmet Insel in der *Cumhuriyet* Zeitung: Die Verhandlungsführung habe die politische und kulturelle Kluft zwischen Nord- und Südeuropa offenbart. Deutschlands Rolle als Führungsmacht unter den EU-Mitgliedsländern werde daher jetzt zunehmend infrage gestellt. Die deutsche Verhandlungsstrategie in der Griechenlandkrise sei ein Beispiel für die „Demütigung einer Kolonie durch eine imperiale Macht“. Es sei Deutschland gewesen, das die EU in eine Vertrauenskrise gedrängt habe. Künftig sei mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und politischen Verwerfungen zu rechnen, was sich in der Folge auch auf die Nachbarländer auswirken könne. Deutschland habe zwar seine Vormachtstellung innerhalb der EU festigen können; langfristig sei in der EU aber mit einer schweren politischen Krise zu rechnen.